

Thüringen in Europa - EUROPA als Chance begreifen

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit 1990 profitiert Thüringen von einer EU-Förderpolitik, mit deren Hilfe auch in unserem Land Wachstums-, Forschungs- und Entwicklungserfolge erzielt werden konnten. Auch künftig wird Thüringen auf Mittel aus Brüssel angewiesen sein, für deren langfristigen Erhalt und Einsatz wir uns einsetzen.

Ob Flüchtlingskrise, Brexit, Industrie 4.0 oder Digitalisierung – all diese Themen betreffen jede einzelne Region in Europa und damit auch Thüringen. In Zeiten eines erstarkenden nationalistischen Populismus dürfen die EU-Mitgliedsstaaten den derzeit auf sie wirkenden Zentrifugalkräften nicht nachgeben. Bei der Beseitigung von tatsächlichen Defiziten im Gefüge der EU setzen wir in erster Linie auf gesamteuropäische Lösungen.

Nach unserer Auffassung können die kulturelle Vielfalt als auch die vielen Gemeinsamkeiten in Europa entscheidend dazu beitragen, um bestehende Differenzen zu überbrücken und die Menschen in ganz Europa über eine Wertegemeinschaft zu verbinden. Der Glaube an die gemeinsamen europäischen Werte bildet das Fundament dafür.



Mit freundlichen Grüßen

Mike Mohring
Fraktionsvorsitzender



Gerold Wucherpfennig
Europapolitischer Sprecher



➤ DAFÜR setzen WIR uns ein!



- Bei der Ausrichtung der EU-Kohäsionspolitik für die neue Förderperiode bis 2027 muss Thüringen als sogenannte Übergangsregion weiterhin Fördermittel erhalten. Bei der Ausgestaltung der Agrarförderung ist den Besonderheiten in Thüringen Rechnung zu tragen. Große landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht benachteiligt werden.

- Wir lehnen Protektionismus, Isolationismus und Nationalismus ab und setzen uns in Zeiten des Vormarschs autoritärer Staatssysteme für mehr und nicht weniger Kooperation ein.

- Regionale und lokale Herausforderungen können nur vor Ort wirklich gelöst werden – daher brauchen wir gelebte Subsidiarität, auch um die Handlungsspielräume von Kommunen und Ländern zu stärken. Und: Wir wollen eine Beteiligung der Bürger an der Reformdebatte in Europa und dadurch Europa bürgernäher machen.

- Wir setzen auf eine europäische Finanzpolitik mit ausgeglichenen Haushalten und lehnen eine Schuldenvergemeinschaftung ab. Wir vertreten den Grundsatz, dass nur diejenigen EU-Bürger Sozialleistungen erhalten dürfen, die bei uns längere Zeit in die gesetzlichen Sozialversicherungen eingezahlt haben.

- Wir sind für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa, bei der nicht wenige Länder die Hauptlast tragen. Wir wollen eine Angleichung der Asylleistungsstandards in den EU-Staaten. Für den besseren Schutz der EU-Außengrenzen muss die Grenzschutz-Agentur Frontex gestärkt werden. Fluchtursachen sind durch Entwicklungshilfe vor Ort zu bekämpfen.